

Musterklausur: Thema 2 – Motive und Meilensteine der europäischen Integration

Textgrundlage: Posener, Alan: Wird Europa ein Bundesstaat? Niemals!, in: DIE WELT, 24.06.2013, www.welt.de/debatte/kommentare/article117385113/Wird-Europa-ein-Bundesstaat-Niemals.html, Zugriff am 14.02.2015

Zum Autor: Alan Posener, geb. 1949, ist britisch-deutscher Journalist, engagierter Kommentator und Blogger, außerdem Sachbuchautor und Übersetzer, seit 2008 Korrespondent für Politik und Gesellschaft bei der „WELT“-Gruppe.

Arbeitsaufträge

1. Beschreiben Sie den Begriff der Integration sowie die beiden Integrationskonzepte des Föderalismus und den Intergouvernementalismus. (AFB I) mitnimmt, wenn deren Institutionen nicht entwertet oder gar verschwinden werden, wird ein solches Projekt ... machbar sein.“
2. Analysieren Sie den Text im Hinblick auf die Position des Autors. (AFB II) Erörtern Sie im Hinblick auf diese Äußerung Joschka Fischers in seiner Rede an der Humboldt-Universität im Jahr 2000 die Chancen und Risiken der föderalistischen Integrationstheorie. Gehen Sie dabei auch auf die Position Alan Poseners ein. (AFB III)
3. „Nur wenn die europäische Integration die Nationalstaaten in eine solche Föderation

Operatoren aus der Aufgabenstellung

| | |
|---------------------|---|
| beschreiben: | wesentliche Aspekte eines Sachverhaltes im logischen Zusammenhang unter Verwendung der Fachsprache wiedergeben |
| analysieren: | Materialien oder Sachverhalte kriterienorientiert oder aspektgeleitet erschließen, in systematische Zusammenhänge einordnen und Hintergründe und Beziehungen herausarbeiten |
| einordnen: | eine Position zuordnen oder einen Sachverhalt in einen Zusammenhang stellen |
| erörtern: | zu einer vorgegebenen Problemstellung eine reflektierte, kontroverse Auseinandersetzung führen und zu einer abschließenden, begründeten Bewertung gelangen |

M Wird Europa ein Bundesstaat? Niemals!

Über 13 Jahre sind vergangen, seit sich der damalige Außenminister Joschka Fischer – als Privatmann, wie er betonte – Gedanken machte über die „Finalität“ der Europäischen Union. In seiner Rede vom 12. Mai 2000 an der Humboldt-Universität zu Berlin schlug Fischer die Weiterentwicklung Europas „vom Staatenverbund zur Föderation“ vor. Zu Fischers Vorschlägen für die Verfassung Europas gehörten ein Zweikammerparlament mit erweiterten Kompetenzen und ein direkt gewählter Präsident. Jedoch betonte der grüne Vordenker, dass seine Vorschläge „nicht die Abschaffung des Nationalstaates bedeuten. Denn auch für das finale Föderationssubjekt wird der Nationalstaat mit seinen kulturellen und demokratischen Traditionen unersetzlich sein, um eine von den Menschen in vollem Umfang akzeptierte Bürger- und Staatenunion zu legitimieren. Dies sage ich gerade mit Blick auf unsere

Freunde in Großbritannien, denn ich weiß, dass der Begriff ‚Föderation‘ für viele Briten ein Reizwort ist. Aber mir fällt bis heute kein anderer Begriff ein.“
Schade. Denn das Wort „Föderation“ – was nun einmal auf Deutsch „Bundesstaat“ bedeutet – hat in Deutschland Karriere gemacht; Fischers Bedenken aber nicht. So schreibt die FDP in ihrem aktuellen Wahlprogramm, die EU müsse sich von einem „Staatenverbund“ weiterentwickeln „hin zu einer politischen Union mit festen föderalen Grundsätzen“. Ziel sei „ein durch eine europaweite Volksabstimmung legitimierter europäischer Bundesstaat“. Und die SPD bekennt sich in ihrem Wahlprogramm zu einer „transnationalen Demokratie“ und will „das Gewaltenteilungsmodell, das wir aus den nationalen Staaten kennen, auch auf die europäische Ebene übertragen“.
[...] Fischers eigene Partei ist interessanterweise eher vage, was die institutionelle Weiterentwicklung

der EU betrifft, und die CDU/CSU, die als einzige große Partei das Thema Europa an den ersten Punkt ihres Wahlkampfprogramms setzt, verliert darüber kein Wort. Im Grunde genommen fordert die Union, dass Resteuropa wirtschaftlich, finanziell und kulturell so werden soll wie Deutschland, von der Effizienz über die Schuldenbremse bis hin zur dualen Ausbildung. In einem deutsch geprägten Europa, so muss man annehmen, dürfte sich auch das politische Modell der Bundesrepublik durchsetzen. Jedenfalls hat sich Kanzlerin Angela Merkel Anfang 2012 [...] in einem Beitrag für die britische Zeitung „Guardian“ zu einer Art Bundesrepublik Europa bekannt: „Meine Vision ist die der politischen Union ... wir werden mehr Macht auf die Kommission übertragen, die dann ... wie eine Europäische Regierung handeln wird. Das wird ein starkes Parlament verlangen. Eine Art zweite Kammer, wenn Sie wollen, wird der Rat der Regierungschefs sein. Und der Europäische Gerichtshof wird das oberste Gericht sein.“

Nun könnte man sagen, Merkel meine es nicht so. Schließlich hat sie in der Euro-Krise alles getan, um die Kommission und das Europäische Parlament zu entmachten und möglichst viel auf der Ebene der Abmachungen und Verträge zwischen Regierungen – oder unter der Hand mithilfe der Europäischen Zentralbank und des Europäischen Stabilitätsmechanismus – zu regeln.

[...] Aber die Vorstellung, dass die „Finalität“ Europas in einer Föderation, einem Bundesstaat, einer „immer engeren Union“ liege, hat, wie man anhand der Humboldt-Rede Fischers sieht, ein Eigenleben entwickelt. Dass Europa ein Gebilde *sui generis*¹ ist und bleiben wird, ein Flickwerk oder „work in progress“, das in kein herkömmliches Schema passt: Mit dieser dem deutschen Ordnungssinn widersprechenden, aber der Wirklichkeit nun einmal entsprechenden Erkenntnis gilt es zu leben. Kann man sich erst einmal von der Vorstellung lösen, dass Fortschritt in Europa identisch sei mit „mehr“ Europa, mit einem weiteren Schritt hin zu einem Superstaat, wäre schon viel gewonnen.

Niemand, der bei Sinnen ist, will zurück zum Europa der miefigen Nationalismen, der geschlossenen Grenzen und abgeschotteten Kulturen. Aber niemand, der mit wachen Sinnen die europäische

¹ *sui generis* = seiner eigenen Art

Geschichte betrachtet, kann leugnen, dass der Kontinent nicht nur seine schwärzesten Stunden, sondern auch seine Sternstunden dem Wettbewerb der Nationen und der Vielfalt ihrer Kulturen verdankt. Was die Europäische Union leistet, und in Zukunft noch mehr leisten muss, ist: die Regeln dieses Wettbewerbs festlegen. [...]

Was eine Föderation oder einen Bundesstaat ausmacht, das ist vor allem die Übertragung der Außen- und Sicherheitspolitik auf die Zentrale. Dazu ist offenkundig in Europa niemand bereit, auch und gerade nicht Deutschland, das sich in der Libyen- und nun auch in der Syrien-Politik den EU-Partnern Großbritannien und Frankreich entgegenstellt – obwohl der Außenminister jener Partei angehört, die am vollmundigsten den Europäischen Bundesstaat verlangt.

[...] Währungspolitisch ist Europa als Ganzes nicht handlungsfähig, da einige Staaten dauerhaft dem Euro fernbleiben wollen; und dort, wo in der Euro-Zone den bankrotten Staaten Austeritäts²- und Reformprogramme aufgezwungen wurden, hat die Euro-Skepsis Werte erreicht, die jene in Großbritannien in den Schatten stellen.

Weit davon entfernt, die europäische Einigung „unumkehrbar“ zu machen, wie Helmut Kohl es wollte, hat die Gemeinschaftswährung Europa an den Rand der Spaltung geführt. Das Europäische Parlament hat keine Autorität, und was die Kommission angeht, so hat Frankreichs Präsident François Hollande neulich gesagt, er denke nicht daran, sich seine Politik von Brüssel diktieren zu lassen. Sieht so die Keimzelle eines Bundesstaats aus?

Wie Joschka Fischer warnte: „Nur wenn die europäische Integration die Nationalstaaten in eine solche Föderation mitnimmt, wenn deren Institutionen nicht entwertet oder gar verschwinden werden, wird ein solches Projekt ... machbar sein. Anders gesagt: Die bisherige Vorstellung eines europäischen Bundesstaates, der als neuer Souverän die alten Nationalstaaten und ihre Demokratien ablöst, erweist sich als ein synthetisches Konstrukt jenseits der gewachsenen europäischen Realitäten.“ Stimmt. Was also ist denn an dem Wort „Staatenverbund“ so schlimm?

24.06.2013 von Alan Posener

² Austerität bedeutet „Disziplin“, „Entbehrung“ oder „Sparsamkeit“.